

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nr. 4/2002 ★ Infopreis: 0,00 Euro ★ April 2002

Volkssolidarität fordert stufenweise Rentenangleichung

ISOR unterstützt Unterschriftensammlung

Der neu gewählte Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, wandte sich an ISOR mit der Bitte, eine von seinem Bundesverband initiierte Unterschriftenaktion, die das Ziel hat, Druck auf die Bundesregierung hinsichtlich einer zeitlich überschaubaren Rentenangleichung im Osten anzuschließen. In dem Brief heißt es u. a.:

Die Bundesdelegiertenversammlung der Volkssolidarität hat am 23. März 2002 beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, den aktuellen Rentenwert Ost bis 2007 schrittweise dem aktuellen Rentenwert West anzugleichen und die Regierungen der neuen Bundesländer gebeten, über den Bundesrat entsprechende Initiativen einzuleiten.

Zwölf Jahre nach der vollzogenen staatlichen Einheit beträgt die Rentenbemessungsgrundlage Ost noch immer 87 % des Rentenwertes West. Eine beschleunigte Renten Anpassung, auch finanziert aus Steuermitteln, wäre aus unserer Sicht ein Beitrag zur inneren Einheit und Anerkennung der lebenslangen Arbeitsleistungen älterer Bürger in den neuen Ländern. Zugleich würde einer andauernden Verschlechterung der Lebenslage von rund 900 000 Frauen mit Auffüllbeträgen, die seit Jahren keine Rentenerhöhung erhalten haben, entgegengewirkt.

Bundeskanzler Schröder hat am 10. März 2002 vorgeschlagen, die Tarife für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst bis 2007 anzugleichen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert West ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt vollzogen wird,

wohl wissend, dass der niedrigere aktuelle Rentenwert Ost als Voraussetzung für die Hochwertung der Einkommen in den neuen Bundesländern angesehen wird, um bei künftigen Zugangsrentnern die Nachteile des geringeren Durchschnittseinkommens auszugleichen. Dennoch plädieren wir dafür, der wachsenden Unzufriedenheit der älteren Generation wegen hier etwas zu verändern und gegebene Versprechen auch einzuhalten.

Die Bundesdelegiertenversammlung hat beschlossen, sich in den nächsten Wochen mit der Aufforderung an alle Orts-, Interessengruppen, Mitglieder und Sympathisanten der Volkssolidarität zu wenden, um unserer Forderung durch ihre Unterschrift Nachdruck zu verleihen.

Wir könnten uns vorstellen, dass sich auch Ihr Verband an einer solchen Unterschriftensammlung beteiligt, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, bis 2007 eine erkennbare stufenweise Angleichung des Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert West zu vollziehen.

...
Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Gunnar Winkler

Der Vorstand hat beschlossen, dass ISOR e. V. dem Aufruf folgt und bittet alle Mitglieder, ihre Unterschrift zu leisten und möglichst viele Mitbürger dafür zu gewinnen.

In den nächsten Tagen werden den Vorständen der TIG die erforderlichen Unterlagen übersandt.

Neue Petitionen sind erforderlich!

Mit Bezug auf ISOR aktuell Nr. 3/2002 Seite 5, „Neue Petitionen sind erforderlich“ möchten wir für die Begründung der Petitionen die folgende Argumentation empfehlen.

Der Gesetzgeber hat mit dem 2. AAÜG-ÄndG vom 27. 7. 2001 im § 7 keine günstigere Regelung, als die Kürzung auf das Durchschnittsentgelt aller Versicherten, getroffen. Diese Kürzung erfolgte obwohl der Gesetzgeber zum Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens die Einkommensverhältnisse kannte, die zum Zeitpunkt der Urteile des BVerfG vom 28. 4. 1999 noch ungenügend geklärt waren. Die dafür maßgebenden Gutachten lagen der Bundesregierung vor.

Die Entgeltkürzung auf 100% des Durchschnittseinkommens stellt keinen Abbau überhöhter Ansprüche aus überhöhtem Einkommen im Sinne des Einigungsvertrages dar. Diese willkürliche Kürzung ist als unverhältnismäßiger Eingriff in die eigentumsrechtlich geschützte Rentenanwartschaft zu betrachten. Dadurch sehe ich mich in meinem Grundrechten nach Art. 14 Abs.1 und Art. 3 Abs.1 Grundgesetz verletzt.

Die hier genannte Argumentation ist als Anhalt für die Begründung der Petition gedacht, die in jedem Fall individuell abgefasst sein sollte. Ein einheitlicher Text könnte der Gefahr nicht entgehen, gleichlautende Petitionen nur einmal zu erfassen. Wir bitten deshalb in jeder TIG Möglichkeiten zu schaffen, um Mitgliedern je nach Wunsch bei der Formulierung ihrer Petition behilflich zu sein.

Wir möchten in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass in ISOR aktuell Nr. 12/2001 „Musterverfahren gegen fortbestehendes Rentenstrafrecht“ und Nr. 2/2002 „Aus Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu den Rentenkürzungen nichts gelernt“ enthaltene weitere Argumente für die Begründung von Petitionen verwendet werden können.

Prof. Dr. Rolf Gruner

Klares Kanzler-„Basta!“

Auf ein Schreiben unseres Beiratsmitglieds Fred Schmidt an den Bundeskanzler, in dem er auf noch vorhandenes Rentenstrafrecht aufmerksam macht und in dem um eine klare Aussage gebeten wird, wie die SPD im Falle eines erneuten Wahlsieges gedenkt, mit dieser Problematik umzugehen, heißt es in der unzweideutigen Antwort des Bundeskanzleramtes vom 21. 2. 2002:

„Mit dem 2. Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes erfüllt der Gesetzgeber fristgerecht den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts, eine verfassungsgemäße Regelung für die Überführung der Ansprüche und

Anwartschaften aus den Zusatz- und Sondersversorgungssystemen der ehemaligen DDR in die gesamtdeutsche Rentenversicherung zu schaffen.

Das Gesetz orientiert sich eng an den zwingenden verfassungsrechtlichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Leistungsausweitungen über das vom Gericht geforderte Maß werden grundsätzlich nicht vorgenommen.“

Eine klare Sprache – auch ohne „Basta“ – die aber eine ebenso klare Wahlentscheidung erfordert!

Nicht nur ein Ostergruß

Liebe FreundInnen und GenossInnen,

auch mir ist es ein Bedürfnis, als Zeichen fester Verbundenheit, Ihnen viele gute Wünsche zum Osterfest zu übersenden.

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich **ISOR aktuell**, März 2002 gelesen. Ich stimme Erwin Bach sehr zu, der kritisch zu den 231 Eingaben an den Petitionsausschuss Stellung nimmt. Diesbezüglich sage ich, es ist kein Wunder, dass man uns nicht ganz für voll nimmt. Hat ISOR nur 231 Mitglieder???

Ich finde es sehr bedeutsam, wenn in der folgenden **ISOR aktuell** nochmals zum Problemkreis Petitionen Stellung genommen wird, bis hin zu aktuellen Mustertexten. Wir dürfen doch nicht aufgeben! Gewissermaßen zur Aufmunterung zitiere ich aus einem Text von Peter Gabriel und Kate Bush:

„Gib nicht auf, denn Du hast Freunde.

Gib nicht auf, du bist nicht der Einzige.

*Gib nicht auf, es ist kein Grund,
sich zu schämen.*

Gib nicht auf, du hast noch uns.

*Gib nicht auf, wir sind stolz auf das,
was du bist.*

*Gib nicht auf, Du weißt,
es war noch nie leicht.*

*Gib nicht auf, denn ich glaube daran,
dass es einen Ort gibt, wo wir hingehören.“*

In diesem Sinne, liebe Freunde von ISOR, kämpfen wir weiter – weil wir Menschen sind.

Zum Schluss meines Briefes noch eine Anmerkung. Ich werde oft von ehrlichen Interessierten aus Ost und West, aber auch von Böswilligen, Wendehälsen u. ä. Figuren gefragt, ob ich mein Leben, würde ich dieses von vorn beginnen, wieder so gestalten möchte.

Denen antworte ich mit der Old Saint Pauls Church in Baltimore im Jahre 1692:

„Halte Frieden mit deiner Seele. Trotz aller Täuschungen, Plackereien und aller zerbrochener Träume ist es immer noch eine wunderbare Welt.“ – Ja, ich würde.

Mit freundlichem Gruß Euer

Adolf-Eduard Krista

PDS Mecklenburg-Vorpommern will Arbeitsgruppe

Im ISOR-Mitteilungsblatt vom März 2002 wird umfänglich über den Verhandlungsstand, oder besser gesagt Nichtverhandlungsstand zur „AAÜG-Arbeitsgruppe“ berichtet. Ja, die versprochene Arbeitsgruppe fehlt noch immer, Aktivitäten sind keine zu erkennen. Das ist für mich als Landesvorsitzender der PDS Mecklenburg-Vorpommern und ISOR-Mitglied in höchstem Maße unzufriedenstellend.

Das bedeutet auch, dass ich mich, dass sich die PDS mit dem Stand der Dinge nicht zufrieden gibt.

Rufen wir das Thema „Verhandlungsgruppe“ auf, teilt man uns immer wieder mit, dass

es die Arbeitsgruppe nicht gäbe, weil sich die PDS nicht an Abmachungen gehalten hat. In einem mir vorliegenden Schreiben des Chefs der Schweriner Staatskanzlei an die Sozialministerin des Landes heißt es dagegen: „Diese Arbeitsgruppe sollte im Zusammenhang mit dem Stimmverhalten des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Rentenreform zwischen der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und dem Bund eingerichtet werden. Nach Rücksprache mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung muss ich Ihnen bedauerlicher Weise mitteilen, dass seitens des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung derzeit keine Möglichkeit gesehen wird, eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzurichten.“

Offensichtlich liegt es also nicht daran, dass die PDS Absprachen nicht eingehalten hat. Offensichtlich liegt es daran, dass auf Bundesebene die Arbeitsgruppe 'derzeit' nicht gewollt ist.

Ich habe das zum Anlaß genommen, mich erneut an den Ministerpräsidenten des Landes mit der Bitte zu wenden, sich mit Nachdruck gegenüber dem Bund für die Berufung der Arbeitsgruppe einzusetzen.

Im Artikel im Mitteilungsblatt vom März heißt es richtig: „Das darfs nicht gewesen sein!“ Deshalb hoffe ich auch, dass mein Brief nicht der einzige bleibt, der den Ministerpräsidenten zum Handeln auffordert.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Ritter (PDS-Landesvorsitzender)



**Aus unseren
TIG**



Sachsen meldet sich zu Wort

Zur Fortführung unseres Kampfes um Rentengerechtigkeit haben wir in Sachsen unter Beachtung bisheriger Erfahrungen und Ergebnisse die weitere Aktivierung der Vereinsarbeit entsprechend der Politischen Konzeption im Januar 2002 begonnen. Eine Beratung mit den TIG Chemnitz, Leipzig und Dresden unter aktiver Mitwirkung der Beiratsmitglieder führte zur Gründung von drei Leit-TIG in den o.g. Städten. Damit konnte eine bessere organisatorische Voraussetzung für eine intensivere politische Arbeit geschaffen werden.

Unsere Aufgabenstellung für 2002:

- Individuelle Briefe an Entscheidungsträger von Parteien, ihren Fraktionen und den Petitionsausschuss des Bundestages mit der Hauptaussage – 12 Jahre Rentenstrafrecht sind genug. Wir fordern die Veränderung der Rentengesetzgebung unter Beachtung der von ISOR vorgelegten Gutachten und die Berech-

nung der Renten bis zur Beitragsbemessungsgrenze.

- Aufbauend auf bereits vorhandenen Verbindungen eine Erweiterung des Bündnisses mit den Verbänden und Vereinen Sachsens.

- Mit den Vereinen und Verbänden werden Einladungen an die Parteien in Sachsen, welche im Bundestag vertreten sind, zu Diskussionsrunden ausgesprochen, um auf der Grundlage der Wahlprüfsteine unsere Forderungen zu verdeutlichen.

- Die Leit-TIG beraten die TIG in den jeweiligen Regierungsbezirken.

- Verstärkte Bemühungen aller TIG, um den Mitgliederstand stabil zu halten.

Bisher haben wir folgendes erreicht:

- Das Bündnis mit den Vereinen und Verbänden konnte vertieft und ausgebaut werden.

- Im Vorfeld des SPD-Ostparteitages erarbeiteten die Arbeitsgruppen der Vereine und Verbände Briefe mit unseren konkreten Forderungen. Diese Briefe gingen an den SPD

Partei Vorstand Deutschland und an alle 65 SPD-Ost Bundestagsabgeordneten sowie an SPD-Landesverbände.

- Die Vorbereitung von Wahlgroßveranstaltungen hat die konkrete Phase erreicht. Gemeinsame Erfahrungen aus dem Wahljahr 1998 dienen als Grundlage.

- Die Zusammenarbeit erfolgt bisher mit den Seniorenkreisen der Gewerkschaften ver.di, IG-Metall und Transnet, dem BRH (Landesverband Sachsen e.V.), dem DBwV (Standortkameradschaften), der GBM (Ortsverbände), der Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen e.V., der GRH (Territoriale Arbeitsgemeinschaften) sowie der Volkssolidarität Dresden e.V.

- Die Anstrengungen in den TIG richten sich auf die Umsetzung der Politischen Konzeption im Territorium. So fand in Chemnitz im Februar 2002 eine Konferenz mit über 120 TIG-Betreuern und -Aktivisten statt. Im Mittelpunkt standen das Einwirken auf Entscheidungsträger der Parteien im Wahljahr 2002 und neue Petitionen mit unseren Forderungen zur Herstellung der Rentengerechtigkeit.

Horst Eismann, Beauftragter für Sachsen

Joachim Schaufuß, Beiratsmitglied Chemnitz

Joachim Karlick, Beiratsmitglied Dresden

Wolfgang Henter, Beiratsmitglied Leipzig

Am 9. März beging unsere TIG **Stollberg** mit 42 Anwesenden den 10. Jahrestag der Gründung. Eingeladen waren auch unsere Ratgeber der Rentenkassen. Besonders erfreulich war, dass auch Sympathisanten und alle neuen Mitglieder gekommen waren. Verbunden wurde unsere Feier mit der Ehrung der Frauen anlässlich des Internationalen Frauentages und der Tag endete mit einem zünftigen Kegeltwettstreit. **W. Veit**

★

Aus Anlass des 10. Jahrestages der Gründung der ISOR e.V. TIG **Neustrelitz** fand eine Veranstaltung mit gemütlichem Beisammensein in der Inselgaststätte Helgoland statt. Der Einladung waren 40 Mitglieder, zum großen Teil mit ihren Ehefrauen, gefolgt. Die Seniorenband erfreute die Teilnehmer mit Operetten- und volkstümlichen Melodien. Danach schilderte das Gründungsmitglied und jetzige Mitglied des Beirates, Gerhard Müller, die Bemühungen, die vor 10 Jahren zur Gründung der TIG Neustrelitz führten und würdigte die Initiativen der Gründungsmitglieder. Die Erfolge im Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechts waren Anlass für viele Betroffene, Mitglied der Solidargemeinschaft zu werden. Mit Schreiben der Mitglieder an den Petitionsausschuss und an Politiker wurden die juristischen Schritte des Vorstandes und des Anwaltsbüros unterstützt. Wir sind bereit, den Kampf bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts fortzusetzen. **Wolfgang Schiller**

★

Der Vorstand der TIG **Cottbus** hat am 7. 3. 2002 mit allen befreundeten Vereinen und Verbänden der Stadt eine gemeinsame Beratung durchgeführt.

Teilnehmer waren: GRH, BRH, GBM, Arbeitslosenverband, Volkssolidarität und die Standortkameradschaft ehem. Soldaten und Reservisten. Insgesamt sind 3.600 Mitglieder in o. g. Vereinen und Verbänden vereinigt.

Als Gäste waren Monika Balt, MdB (PDS), und Horst Parton, Vorsitzender der ISOR, anwesend.

Es wurde Einigkeit erzielt, dass die Zusammenarbeit von gemeinsamem Interesse ist, der Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechts und der Herstellung der Rentengerechtigkeit zielstrebig fortgeführt werden muss und eine größere politische Einflussnahme nur möglich ist, wenn die Kräfte gebündelt werden. Monika Balt begrüßte den Schritt, sich im Kampf zur Herstellung der Rentengerechtigkeit eng zusammenzuschließen. Sie werde im Bundestag zur Verwirklichung dieses Zieles all ihre Kräfte einsetzen. **Manfred Woiton**

★

Am 11. 3. 2002 hatte die TIG **Schmalkalden/Bad Salzungen** die Vorsitzenden des BRH Schmalkalden und Bad Salzungen, des DBwV beider Altkreise, sowie Vertreter des Traditionsvereins „Florian Geyer“ ehemaliger Angehöriger der Grenztruppen Dermbach, zu einem Gedanken- und Informationsaustausch eingeladen. An der Veranstaltung nahm das Mitglied des Beirates beim ISOR-Vorstand Walter Menz teil.

Nach einleitenden Bemerkungen, unter Zugrundelegung der Politischen Konzeption und der Wahlprüfsteine, entwickelte sich eine rege Diskussion in deren Ergebnis es völlige Übereinstimmung gab, dass

- nur in fester Solidarität und mit konkreten politischen und juristischen Forderungen der Missbrauch des Sozialrechtes zum Strafrecht zu überwinden ist,
- man sich weiterhin auf mehrheitsfähige Ziele konzentrieren sollte, wie einer stufenweisen und absehbaren Rentenanpassung Ost an West,
- sich die Vorstände zu Veranstaltungen mit Abgeordneten in Vorbereitung der Bundestagswahlen abstimmen, um gegenseitige Teilnahmen zu ermöglichen,
- der Informationsaustausch zwischen den Verbänden und Vereinen regelmäßig erfolgen sollte. **Lothar Luck**

★

Für die Mitglieder der TIG **Güstrow** ist das bisher Erreichte im Kampf um Rentengerech-

tigkeit nicht das Erreichbare. Deshalb dürfen wir nicht nur Wahlprüfsteine diskutieren, sondern es müssen auch jene Hürden, die sich dem Gerechtigkeitskampf in den Weg stellen, beseitigt werden. So hat die ISOR-Position nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass die (noch) Bundestagsabgeordnete Christel Deichmann (SPD) das Mandat für die Wahl am 22. September verloren hat. Wer große Wahlversprechen macht und nicht zum Wort steht, der kann nicht Volksvertreter im höchsten parlamentarischen Gremium sein. Im Grunde genommen ist es für den Rechtsstaat eine niederschmetternde Schande, dass er nach fast zwölfjähriger deutscher Einheit seinen Verfolgungswahn gegenüber ehemaligen DDR-Bürgern fortsetzt und sie kraft seiner Macht rechtlich ungleich behandelt. Deshalb kann die Quintessenz nur lauten: Das, was der ISOR-Vorstand in seiner Vielfalt zur Herbeiführung sozialer und Rentengerechtigkeit stetig unternimmt, hat die volle Unterstützung der Güstrower ISOR-Mitglieder. Im Kampf müde werden, das würde Wasser auf die Mühlen zur Fortsetzung der Rentenungerechtigkeit bedeuten.

Walter Krüger

★

Am 21. März 2002 fand eine Mitgliederversammlung der TIG **Berlin-Hohenschönhausen** statt. Das Ziel bestand darin, die in über zehn Jahren errungenen Erfolge von ISOR e.V. zu würdigen und vor allem die künftigen Aufgaben im Bundestagswahlkampfjahr 2002 zu erläutern. Mit großem Interesse haben die über 520 Teilnehmer die Ausführungen des ISOR-Vorsitzenden Horst Parton zu aktuellen Hauptfragen zur Überwindung aller noch verbliebenen Elemente des Rentenstrafrechts aufgenommen. Eine besondere Würdigung erfuhren die „Freunde der ersten Stunde“. Eindrucksvoll schilderte Werner Wunderlich, wie unter komplizierten Bedingungen die TIG gegründet wurde. Heute ist sie eine organisierte Kampfgemeinschaft mit 1426 Mitgliedern.

In den Ausführungen des TIG-Vorsitzenden

► Fortsetzung auf Seite 4

ISOR gratuliert allen Jubilaren des Monats April 2002, besonders:

zum 95. Geburtstag:

Else Berndt, Berlin-Friedrichsfelde

zum 92. Geburtstag:

Annemarie Grzam, Gera
Kurt Haufe, Magdeburg

zum 85. Geburtstag:

Alfred Neumann, Fürstenwalde
Willi Schlawicke, Neuenhagen

zum 80. Geburtstag:

Hildegard Anders, Suhl
Kurt Bloßfeld, Hettstedt
Otto-Karl Brosche, Berlin-Treptow
Gerhard Büttner, Marienberg
Willi Grubert, Sassnitz
Martha Hille, Friedersdorf
Ilse Kiehl, Berlin-Friedrichsfelde

Herbert Kuna, Berlin-Köpenick

Joseph Opl, Berlin-Friedrichshain

Gerhard Pickert, Berlin-Mitte

Hans Seldel, Chemnitz

Werner Ölbrich, Dresden

Wanda Prietz, Lützen

Margarete Rettig, Berlin-Marzahn

Hanni Veik, Leipzig

Günter Wolter, Berlin-Friedrichshain

zum 75. Geburtstag:

Margarete Baenz, Schwerin

Manfred Bätz, Leipzig

Inge Beutert, Belgig

Irene Beyer, Halle

Kurt Beyer, Meißen

Heinz Blauert, Berlin-Mitte

Ernst-Günther Böhme, Berlin-Mitte

Willi Bornkamp, Magdeburg

Heinz Brandt, Leipzig

Rosi Bussemer, Kleinmachnow

Helga Degen, Spremberg

Gisela Ehrensperger, Bernau

Hans Groß, Dolgenbrodt

Horst Henze, Rehfeld

Helmut Hoffmann, Leipzig

Marga Hornung, Kleinmachnow

Manfred Jahn, Berlin-Marzahn

Ursula König, Berlin-Friedrichshain

Rolf Könnecke, Magdeburg

Hans Krohn, Berlin-Treptow

Liselotte Kruschel, Berlin-Karlshorst

Hannelore Kühn, Leipzig

Ewald Kupka, Berlin-Weißensee

Harry Liebing, KagellErkner

Ilse Lindner, Berlin-Treptow

Roland Lohs, Berlin-Köpenick

Rolf Münzner, Chemnitz

Heinz Oehmigen, Leipzig

Fritz Otto, Hoym

Günter Petersohn, Cottbus

Gertraude Pöhland, Berlin-Friedrichshain

Friedrich Rosche, Teltow

Siegfried Schmeißer, Meiningen

Hertha Staab, Lützen

Gisela Thieme, Bernau

Harry Torge, Berlin-Treptow

Hildegard Wilde, Leipzig

Marianne Ziermann, Pößneck

Georg Zilinski, Berlin-Friedrichshain

Gerhard Zöllner, Annaberg

nahm die Würdigung der Leistungen der Vorstandsmitglieder, der 67 Betreuerinnen und Betreuer sowie der Mitglieder mit speziellen Aufgaben in der Rechtsberatung, rechnergestützten Nachweisführung, Kassierung und Revision einen breiten Rahmen ein. Dank erhielten auch die vielen mithelfenden Ehepartner für ihr Verständnis bzw. ihre aktive Mitarbeit.

Ausführlich wurden die konkreten Aufgaben der TIG im Wahlkampfjahr 2002 erläutert. Alle Mitglieder wurden aufgerufen, sich aktiv an der vorgesehenen Briefaktion sowie an öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen und Gesprächen zu beteiligen. Gemeinsam mit unseren Freunden der TIG Lichtenberg und der mitwirkenden Verbände und Vereine wollen wir einen wirksamen Beitrag im Kampf um Rentengerechtigkeit und gegen das Rentenstrafrecht leisten.

Klaus Schlegel

Bei anderen gelesen

Aus: Uckermark Kurier vom 16. 3. 2002:

Vorstände betonen Gemeinsamkeiten

Gäste des Vorstandes der Ortsgruppe Prenzlau des Bundes der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen (BRH) waren am 5. März die Vorstandsmitglieder der TIG Prenzlau von ISOR e.V. Beide (Seiten - Red.) betonten dabei die Gemeinsamkeiten bei den Anstrengungen zur endgültigen Beseitigung des noch immer bestehenden Rentenunrechts. Sie wiesen dabei auch auf die unterschiedliche Bewertung der Entgeltpunkte Ost und West hin.

Vereinbart wurde, eine gemeinsame Entschließung zu erarbeiten, die den Kandidaten aus der Uckermark für den im September neu zu wählenden Deutschen Bundestag übergeben werden soll. „Unsere Stimme wird nur denen gehören, die sich für unsere Interessen einsetzen“, so die Position beider Vorstände der o. g. Organisationen. Auf Einladung des Vorstandes der TIG Prenzlau von ISOR e.V. wurde für den 2. Mai ein Treffen mit dem Mitglied des Bundestages Markus Meckel (SPD) vereinbart. Dieser kandidiert erneut für das höchste deutsche Parlament. An dem Treffen werden auch Vertreter der Prenzlauer BRH-Ortsgruppe und der ISOR-Gemeinschaft Tempin teilnehmen.

§ Die AG Recht informiert

In der Krankenversicherung der Rentner (KVdR) treten ab 1. 4. 2002 Änderungen in Kraft. Die bisherige freiwillige Versicherung wird in eine Mitgliedschaft der Krankenversicherung der Rentner umgestellt. Das erfolgt durch die jeweilige Krankenkasse und wird dem Versicherten mitgeteilt. In der Folge erhält der Versicherte einen geänderten Rentenbescheid. Das hängt damit zusammen, dass freiwillig Versicherte vom Rentenversicherungsträger einen Beitragszuschuss (die Hälfte) erhalten und den gesamten Versicherungsbeitrag an die Krankenkasse selbst abführen. Für pflichtversicherte Rentner führt der Rentenversicherungsträger den vollen Versicherungsbeitrag an die Krankenkasse ab, dazu behält er den Eigenanteil (die Hälfte) ein.

In der Regel ist der Beitragssatz für Pflichtversicherte höher als für freiwillig Versicherte. Dafür sind bei den freiwillig Versicherten alle anderen Einnahmen (z.B. Miet- und Pachteinnahmen sowie Betriebsrenten) beitragspflichtig. Da solche Nebeneinnahmen bei unseren Mitgliedern eher die Ausnahme sind, kann diese Umstellung eine finanzielle Mehrbelastung bedeuten. Ein Unterschied in dem Leistungsangebot zwischen freiwillig Versicherten und Pflichtversicherten besteht nach Auskunft von Krankenkassen nicht.

Wir empfehlen den Betroffenen bei ihrer Krankenkasse einen Beitragsvergleich einzuholen und danach die Entscheidung über den Status ihrer Mitgliedschaft zu treffen. Der Antrag über die Fortführung der freiwilligen Mitgliedschaft ist in einer Frist von 6 Monaten zu stellen. Nach Auskunft der BFA endet die 6-monatige Frist für die Erklärung zur Fortsetzung der freiwilligen Versicherung am 30. 9. 2002.

★

In letzter Zeit erhielten einige Rentner einen Rentenbescheid, der zu Irritationen führte, da dieser im Widerspruch zum vorangegangenen Bescheid stand. Dabei handelte es sich um einen Bescheid für einen zurückliegenden Zeitraum, der aktuell ohne Bedeutung war. Wir bitten bei jedem Rentenbescheid darauf zu achten, für welchen Zeitraum und aus welchem Grund dieser Rentenbescheid erteilt

wurde. Beides ist auf der ersten Seite ersichtlich. Danach kann der Rentenbescheid richtig in den Verlauf der Rentenbezugszeit eingeordnet werden. Rentenbescheide für zurückliegende Zeiträume ändern in der Regel an dem aktuellen Rentenbescheid nichts. Sollte jemand dennoch unsicher sein, so bitten wir, die Sprechstunde der TIG oder einen Rentenberater der BFA aufzusuchen.

Von Mitglied zu Mitglied

Ferienwohnung in Groß-Schönebeck
Tel./Fax: 03339365159 / Funk: 0171 3216730

★
Ferienwohnung in Binz auf Rügen
Tel.: 038379-20409

Berichtigung

In dem Beitrag in ISOR aktuell Nr. 3/02, S. 3, über das Schreiben der Arbeitsgruppe von Verbänden Dresden an den SPD-Ost-Parteitag wurde der Mitunterzeichner DBwV, Standortkameradschaft Dresden unterschlagen. Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen. Red.



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

IDA AMM, Suhl
WERNER BLANK, Berlin-Friedrichsfelde
GÜNTER BODE, Cottbus
Gerda Brieger, Dresden
KLAUS DEBUCH, Cottbus
GÜNTHER DOSIN, Zinnowitz
DR. FRIEDRICH ELCHLEPP, Rostock
EWALD FRANZ, Lehnin
ERWIN GESCHINSKE, Eggesin
KURT GOTTFELD, Berlin-Köpenick
HORST HARTMANN, Berlin-Lichtenberg
ERNST KLAR, Berlin-Pankow
GÜNTER KOCH, Dinklage
ECKART KRAUSE, Berlin-Hohenschönli.
WERNER MACKRODT, Halle
HARTWIG MEIER, Eberswalde
GERHARD NOTHARD, Chemnitz
RUDOLF PISEK, Potsdam-Babelsberg
NORBERT SAND, Berlin-Treptow
HANS GEORG SCHERMANN, Hoyerswerde
REINHARD SCHROEDER, Magdeburg
Prof. Dr. sc. Gerhard Thieme, Bln.-Köpenick
WALTER WUNDERLICH, Plauen
GEORG ZILSKE, Berlin-Lichtenberg

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Friedrich Noll, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 8. 4. 2002

Einstellung im Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Satz: SATZ-Studio Kehrer, 12355 Berlin

Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 16

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

weitergeben! ★ ★ ★ Mitglieder gewinnen! ★ ★ ★ weitergeben!